

**Rede bei der Verleihung
des Deutschen Sozialpreises 2019 der BAGFW
am 12. November 2019 im Haus der Bundespressekonferenz**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Hasselfeldt,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Schmachtenberg,
sehr geehrter Herr Stadler,
sehr geehrter Herr Prälat Neher,
sehr geehrter Herr Rosenbrock,
sehr geehrter Herr Lilie,
sehr geehrter Herr Lehrer,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich, dass wir heute zu diesem schönen Anlass zusammengekommen sind.

Mit der Verleihung des Deutschen Sozialpreises setzen Sie ein wichtiges Zeichen für die Bedeutung und Wahrnehmung von Menschen, die sich sozial engagieren. Sie setzen ein Zeichen für die Menschlichkeit. “Solange die Menschlichkeit uns verbindet, ist es völlig egal, was uns trennt“, sagte der österreichische Dichter Ernst Ferstl. Und damit hat er Recht.

Wir kommen heute – wie der Titel Ihrer Veranstaltung schon sagt – in „unruhigen Zeiten“ zusammen. Vor vier Monaten wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke ermordet. Vor vier Wochen ermordete ein Rechtsextremer bei einem Anschlag auf die Synagoge in Halle und einen Döner-Imbiss zwei weitere Menschen. Jetzt muss auch dem Letzten klar sein: Rechtsextremismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit fördern Hass. Hass tötet.

Diese Verbrechen, wie auch schon die schrecklichen NSU-Morde, sind erschütternde Beweise dafür, dass aus Worten Taten werden.

Extreme Parolen und menschenfeindliche Hetze verbreiten sich nicht nur in anonymen Netzwerken, sondern auch mitten unter uns. Sie werden in unsere Kommunen und Behörden, bis hinein in den Deutschen Bundestag getragen – in das Herz unserer Demokratie.

Dass dieses Herz dennoch kräftig schlägt, ist ein wesentlicher Verdienst unserer starken Zivilgesellschaft.

Jede und jeder von Ihnen, die mit Hauptamtlichen oder Ehrenamtlichen zu tun haben, weiß, was diese Menschen tagtäglich für unsere Gesellschaft vollbringen.

Egal, ob das die Kita-Erzieherin ist, ein Helfer in der Flüchtlingsunterkunft, Ärztinnen und Sanitäter, die Tag und Nacht zur Stelle sind oder die Altenpflegerin, die sich fürsorglich und aufopfernd kümmert.

Diese engagierten Menschen, Haupt- wie Ehrenamtler knüpfen das Band, das unser Land zusammenhält.
Dieses Band heißt Menschlichkeit.

Wer sich damit identifiziert, wer diese Werte lebt und offen vorlebt, der verdient höchste Anerkennung, Respekt und Unterstützung.

Wir wissen aber zugleich, dass diese Selbstverständlichkeit von einigen Menschen leider nicht mehr geteilt wird.

Im Gegenteil: Wer sich für das Gemeinwohl stark macht und sich vor die Schwächsten dieser Gesellschaft stellt, muss heute mit verbalen Attacken rechnen. Im schlimmsten Fall mit Drohungen und gar tätlichen Übergriffen.

Ich bin nicht bereit, diese Tiefpunkte des Anstands und diese Angriffe auf das Miteinander zu akzeptieren. Wir alle müssen uns dagegen wehren. Wir alle müssen zusammenstehen gegen Hass und Hetze.

Mit meinem Amt, mit allen Projekten, die ich unterstütze – auch in Kooperation mit Ihnen – setze ich mich dafür ein, dass das Gemeinwohl weiterhin das tragende und verbindende Element unserer Gesellschaft bleibt. Es bildet die Grundlage für ein solidarisches und lebenswertes Deutschland.

Dieses Fundament haben wir am 30. Oktober im Kabinett mit unserem Maßnahmen-Paket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität gestärkt. Und damit den Rücken für all jene, die wie Sie heute hier, soziale Arbeit im Dienste am Menschen leisten. Das tun

Sie in aller Öffentlichkeit, immer ansprechbar und hilfsbereit in jeder Situation und für jeden, der Hilfe braucht - egal welchen Alters, welcher Religion oder welcher Herkunft.

Mit unserem Maßnahme-Paket holen wir künftig jene an die Öffentlichkeit, die in feiger Anonymität zu Spaltung und Gewalt aufrufen oder Schlimmeres planen. Dafür nehmen wir auch die sozialen Netzwerke mehr in die Pflicht.

Wer Hass im Internet verbreitet, muss damit rechnen, dass er demnächst mit dem realen Rechtsstaat Bekanntschaft schließt. Nämlich dann, wenn die Polizei vor seiner Tür steht.

Zugleich stellen wir uns besonders schützend vor diejenigen Menschen, die sich im Dienste des Gemeinwohls tagtäglich engagieren. Wir verbessern nicht nur den Schutz von haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern vor übler Nachrede und Verleumdung. Es werden darüber hinaus

Anpassungen beim Melderecht umgesetzt, um den Schutz von Personen, die durch Gewalt gefährdet werden, noch konsequenter zu gewährleisten.

Und ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist: Nachdem die Bundesregierung bereits 2017 gewalttätige Übergriffe gegen Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte sowie die Behinderung von hilfeleistenden Personen strafrechtlich verschärft hat, schließen wir nun auch

das medizinische Personal von ärztlichen Notdiensten und Notfallambulanzen mit ein. Denn auch dort kommt es immer wieder zu Gewaltausbrüchen gegen das medizinische Personal.

Ein starker Staat ist erst dann wirklich stark, wenn er kompetente Partner an seiner Seite hat. Ohne die Wohlfahrtsverbände würde es die dringend notwendige Präventions- und Sensibilisierungsarbeit so nicht geben. Hier findet auf breiter Fläche Beratung, Betreuung und Wertevermittlung statt. Hier wird Demokratie aktiv

gefördert. Dafür bin ich zutiefst dankbar und deshalb freue ich mich, dass wir diese Arbeit weiter ausweiten und verstetigen werden.

Nicht nur hier zeigt sich der unschätzbare und wertvolle Beitrag des Ehrenamts. Welches Potenzial im freiwilligen Engagement steckt, wurde spätestens 2015 sichtbar.

So haben sich nach einer repräsentativen Umfrage seit diesem Jahr über die Hälfte [55 %] der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in der Flüchtlingshilfe engagiert.

Viele Geflüchtete werden sogar selber ehrenamtlich aktiv und geben das, was ihnen an Unterstützung zuteilwurde, an andere Hilfsbedürftige zurück. Allein das zeigt: Deutschland kann Integration. Und es zeigt genauso eindrucksvoll: In Deutschlands Mitte ist Platz für Menschlichkeit. Und das wird so bleiben!

Deshalb lassen wir es nicht zu, dass diese enorme Leistung vom rechten Rand verunglimpft und verächtlich gemacht wird.

Und auch das möchte ich betonen: Ohne die hauptamtlichen Strukturen und die vielen Ehrenamtskoordinatoren der Wohlfahrtsverbände, wäre dieser historische Akt der Humanität niemals möglich gewesen. Dafür danke ich Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich.

Jeder einzelne Euro, den die Bundesregierung in die Arbeit der Wohlfahrtsverbände steckt, ist Arbeit für unserer Demokratie und damit für alle 83 Millionen Menschen in unserem Land!

Verehrte Damen und Herren,

Humanität und Dienst am Menschen haben in der freien Wohlfahrtspflege eine lange Tradition. Fast alle ihrer Mitgliedsverbände leisten bereits seit mehr als 100 Jahren großartige Arbeit. Damit bilden Sie auch die kräftige Wurzel für das ehrenamtliche Engagement, von dem unser Land heute so umfangreich profitiert.

Einen herzlichen Glückwunsch möchte ich an die Arbeiterwohlfahrt richten, die im Dezember ihr 100-Jähriges Bestehen feiert.

1919 mit gegründet von der Frauenrechtlerin Marie Juchacz, die als erste Parlamentarierin auch vor der Weimarer Nationalversammlung sprach, ist die AWO als starke soziale Säule in Deutschland unverzichtbar. Vielen Dank an alle Haupt- und Ehrenamtlichen für dieses beispielhafte Engagement!

Auch wenn die Partnerschaft zwischen dem Amt der Integrationsbeauftragten, der AWO sowie den übrigen Mitgliedern der BAGFW noch nicht ganz die 100er-Marke erreicht, so verbindet uns doch eine enge jahrelange Zusammenarbeit.

So gelang es der ersten Beauftragten, Liselotte Funcke, gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen und dem DGB in den frühen 1980er Jahren, dass das Nachzugsalter für Kinder nicht von 16 auf 6 Jahre

herabgesetzt wurde. Das hat so manche Familie vor dem Zerreißen, bewahrt.

Auch in vielen anderen Gesetzesvorhaben zogen und ziehen Beauftragte und Wohlfahrtsverbände an einem Strang, sei es bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes, dem Zuwanderungsgesetz oder bei den Verbesserungen für Asylsuchende und Geduldete beim Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung.

Gerade dieses Thema ist mir besonders wichtig. Denn ich erlebe immer wieder, dass mir Unternehmen und Handwerksbetriebe sagen: Helfen Sie uns! Ich habe hier fünf Geflüchtete beschäftigt, die sind bestens integriert, in Lohn und Brot und müssen jeden Tag damit rechnen, abgeschoben zu werden.

Das im Juni beschlossene Migrationspaket mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz war deshalb überfällig. Mit klareren und übersichtlicheren Regeln, wird festgelegt, wer zum Arbeiten oder für die Ausbildung zu

uns kommen kann. Visa-Verfahren werden beschleunigt und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse effizienter gestaltet. Ebenso tragen wir den Forderungen der Wirtschaft Rechnung und schaffen eine faire Perspektive für Geduldete, die gut integriert und in Ausbildung oder Arbeit sind.

Dies ist auch im Interesse der Wohlfahrtsverbände. Mit ihren rund 1,4 Millionen Hauptamtlichen und ungefähr 3 Millionen Ehrenamtlichen sind sie nach dem Staat der

größte Arbeitgeber in Deutschland. Sie sind also im wahrsten Sinne des Wortes „staatstragend“.

Deshalb freue ich mich, dass wir auch beim Nationalen Aktionsplan Integration ein wirksames Tandem bilden. Schließlich kann Integration nur gelingen, wenn Politik und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Und dafür brauchen wir meiner Ansicht nach einen gesamtgesellschaftlichen Prozess – eine Integrationsoffensive.

Die Zusammenarbeit der Wohlfahrtsverbände mit den Migrantenorganisationen ist eine wesentliche Voraussetzung, dass uns diese Offensive gelingt. Ob das „Forum der Migrantinnen und Migranten“ des Paritätischen Gesamtverbands, die muslimische Wohlfahrt oder der Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege: Sie alle tragen dazu bei, dass unsere Einwanderungsgesellschaft vielfältiger, teilhabeorientierter und chancenreicher wird.

Ein Land, viele Chancen – das ist das Motto des Nationalen Aktionsplan Integration. 200 Akteure aus Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft arbeiten hier zusammen, damit wir gemeinsam die Chancen, die unser Land bietet, besser nutzen. Dafür bündeln wir bewährte Integrations-Maßnahmen, bauen sie aus und schauen genau hin, wo es Nachholbedarf gibt. Ich freue mich sehr, auf die Expertise der BAGFW zurückgreifen zu können. Denn gerade im Bereich Integration brauchen wir mehr Vordenker. Bedenkenträger haben wir genug.

Anders ist es zum Glück bei der BAGFW: So bereichern Sie unsere Arbeit im Bereich der Vorintegration, also dort, wo die Grundlagen für eine gelingende gesellschaftliche Teilhabe gelegt werden.

Integrationskurse, Migrationsberatung Sprachförderung und Wertevermittlung – überall übernehmen die Wohlfahrtsverbände zentrale gesellschaftliche Aufgaben.

Gleichzeitig geben Sie wertvolle Rückmeldung aus der Praxis. Seit 2005 haben über 2 Millionen Menschen einen

Kurs durchlaufen. Doch oft sind es die Frauen, die letztlich weniger gut Deutsch können und das liegt meist an der fehlenden Kinderbetreuung. Diese Probleme kommen auf den Tisch. Die Schließung dieser Lücke ist mir ein besonderes Anliegen und Schwerpunkt in meiner Projektförderung.

Auch meine Gleichbehandlungsstelle für EU-Arbeitnehmer kooperiert aktuell mit den BAGFW-Spitzenverbänden. Das ist gut so, denn insgesamt leben in Deutschland etwa 4,8 Millionen EU-Staatsangehörige.

Auch wenn ihre Integration oft gut und geräuschlos funktioniert, gibt es doch Bereiche, die wir genauer in den Blick nehmen müssen: Dazu gehört z.B. die Gesundheitsversorgung.

Ich freue mich, wenn die gute Zusammenarbeit der BAGFW mit der EU-Gleichbehandlungsstelle bei der Gesundheitsversorgung eine Fortsetzung findet: Geplant sind unter anderem digitale Schulungen für Beratungsstellen. Hier gehen die Wohlfahrtsverbände mit

der Zeit, indem sie attraktive digitale und benutzerfreundliche Angebote entwickeln.

Trendsetter – oder „Influencer“, wie es jetzt heißt – ist die freie Wohlfahrtspflege zudem im Bereich Diversity. Auch auf dem Feld der interkulturellen Öffnung haben Sie in mir und meinen Förderprojekten eine vehemente Unterstützerin. Ich finde es klasse, dass die Verbände immer mehr Integrations- und Diversitykonzepte, wie beispielsweise im Rahmen des ESF-Programms „rückenwind“ entwickeln.

Genau dieser Blick auf die Zukunft, die Fähigkeit, gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungsprozesse mit Weitsicht anzupacken und mitzugestalten, macht die Wohlfahrtsverbände in „unruhigen Zeiten“ unentbehrlich.

Ich möchte zum Schluss noch einmal auf Marie Juchacz zurückkommen. 1947 hat sie anlässlich der

Wiedergründung der zuvor von den Nationalsozialisten verbotenen AWO folgendes gesagt:

„Es ist das Große in dem bitteren Erleben unserer Zeit, dass eine Idee nicht stirbt, dass keine Gewalt, und sei sie noch so brutal, die Idee töten kann. Ideen und Gedanken sind wandlungsfähig und sind Wandlungen unterworfen, sie werden von der Zeit geformt, aber sie sterben nicht. Sie werden am Leben erhalten durch Impulse, die in uns lebendig sind und immer ans Licht drängen.“

Ich kann mich daran nur anschließen und sagen: Lassen Sie uns mutig bleiben und die Idee einer freien, offenen

und menschlichen Gesellschaft selbstbewusst vorantreiben. Lassen Sie uns den Blick auf die richten, die unsere Hilfe brauchen, auf jene, die keine starke Stimme haben und die in unserer schnelllebigen Zeit zu oft übersehen werden. Reichen wir diesen Menschen unsere Hand, statt uns abzuwenden.

Genau dafür stehen die Wohlfahrtsverbände. Genau dafür werden heute verdiente Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft ausgezeichnet. Dafür danke ich

Ihnen heute allen und gratuliere schon jetzt den
Preisträgerinnen und Preisträgern.

Herzlichen Dank!